

## Deutschland braucht eine andere Politik: Warum ich als Kanzlerkandidatin kandidiere!

VON HELGA ZEPP-LAROUCHE

„...Die Mehrheit?  
Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn,  
Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen.  
Bekümmert sich ums Ganze, wer nichts hat?  
Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl?  
Er muß dem Mächtigen, der ihn bezahlt,  
um Brod und Stiefel seine Stimm verkaufen,  
Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen,  
Der Staat muß untergehen, früh oder spät,  
Wo Mehrheit siegt, und Unverstand entscheidet.“  
Friedrich Schiller: „Demetrius“,  
Erster Aufzug, Erste Szene, Sapiaha.

Wenn Deutschland eine katastrophale Zukunft erspart werden soll, dann brauchen wir dringend eine fundamentale Richtungsänderung in der Politik. Gerade weil die Krise ihre Ursachen in den Spielregeln der Globalisierung hat, einem System, das dabei ist, vollkommen zusammenzubrechen, und heute bankrotter ist, als es die DDR im November 1989 war, verschlimmern wir die Sache nur, wenn wir uns weiter diesen Regeln unterwerfen, so wie es die Bundestagsparteien bisher alle getan haben, nicht zuletzt, indem sie den Rettungspaketen für den Giftmüll der Banken zugestimmt haben.

Ich kandidiere als Kanzlerkandidatin, weil Deutschland unter die Räuber gefallen ist, und die Bürger das Gefühl haben, daß es eigentlich niemanden gibt, an den sie sich wenden können. Und ich kandidiere deshalb, weil es einen Ausweg gibt.

### 1. Warum die EU nicht funktioniert

Allerdings ist es notwendig, mit einer realistischen Lagebeurteilung zu beginnen. Wenn wir heute die strategische Machtkonstellation in der Welt betrachten, muß man leider feststellen, daß weder Deutschland, noch Europa, was mögliche Initiativen zur Überwindung der Krise angeht, entscheidende Faktoren sind. Im wesentlichen ist dies der Politik von Margret Thatcher, Francois

Mitterrand und George Bush Sr. zu danken, die Deutschland als Preis für ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung zwangen, mit der D-Mark seine Währungssouveränität aufzugeben und sich der europäischen Währungsunion und dem Diktat der Kriterien des Maastrichter Vertrags zu unterwerfen.

*Ich kandidiere als Kanzlerkandidatin, weil Deutschland unter die Räuber gefallen ist, und die Bürger das Gefühl haben, daß es eigentlich niemanden gibt, an den sie sich wenden können.*

Aber auch für die anderen Mitgliedsstaaten der EU haben die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza sowie der Stabilitätspakt vorwiegend negative Konsequenzen. Denn die EU-Kommission folgt mit ihrer uneingeschränkten neoliberalen Freihandelspolitik vollständig den Vorgaben der City of London, und damit dem Paradigma, das für die Krise verantwortlich ist. Daß London zwar die Politik Europas bestimmen will, sich selber aber weigert, sich von Brüssel in die Karten gucken zu lassen, ist gewissermaßen Tradition des Britischen Empire.

Mit den Maastrichter Kriterien und dem Stabilitätspakt hatten sich die Nationen Europas einer Selbstknebelung unterzogen, die sie daran hinderte, staatliche Kredite für produktive Investitionen zu schöpfen, was über einen längeren Zeitraum eine unnötig hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Daß genügend Geld da war, ist nach den dreistelligen Milliardenbeträgen, die für Banken und Spekulanten inzwischen ausgegeben wurden, ja wohl außer Frage; lächerliche zwei bis drei Milliarden für den Bau der Transrapid-Strecke in München waren aber nicht aufzutreiben!



Die Kanzlerkandidatin der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Helga Zepp-LaRouche.

Inzwischen hat die Finanzkrise jedoch die Unausführbarkeit dieser restriktiven Politik demonstriert. Eine ganze Reihe heiliger Kühe der freien Marktwirtschaft wurde inzwischen geschlachtet, ohne daß der freie Fall der Realwirtschaft aufgehalten worden wäre: Banken wurden verstaatlicht, Konjunkturprogramme aufgelegt, Rettungsschirme gespannt, Konjunkturpakete geschnürt, Bad Banks gegründet, und so fort. Alle diese Maßnahmen wurden nicht von Brüssel ergriffen, sondern von nationalen Regierungen.

Aber solange sich die europäischen Nationen in dem Korsett einschnüren lassen, das mit dem Prozeß der EU-Verträge seit Maastricht begonnen hat, haben sie sich selber der Mittel und Wege beraubt, ihr eigenes Schicksal zu gestalten. Rund 85% der Gesetze werden seit geraumer Zeit in Brüssel, und nicht in den Hauptstädten gemacht. Wie sehr sich die Bundestagsabgeordneten als Vasallen eines Empires verstehen, wurde schlagend durch die Abstimmung vom 24. April 2008 bewiesen, als 515 Abgeordnete einem Begleitgesetz „Über die Stärkung und Ausweitung der Rechte des Bundestages und Bundesrates“ zustimmten, das, anstatt diese Rechte zu stärken, dieselben an Brüssel übertrug. Es bedurfte des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe vom 30. Juni 2009, um die Grundgesetzwidrigkeit des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes festzustellen und den Bundestag zu

einer Neuformulierung dieses Gesetzes zu verdonnern! Was ist von Abgeordneten zu halten, die so leichtfertig ihre wichtigste Funktion, nämlich ihre in Artikel 38 des Grundgesetzes festgelegte Aufgabe als Volksvertreter, an eine supranationale Bürokratie abzugeben, die keinem einzigen Wähler Rechenschaft schuldig sind?

Wir befinden uns in einer Zusammenbruchskrise, die das

### Internetforum

mit Helga Zepp-LaRouche,  
Bundvorsitzende und Kanzlerkandidatin  
der Bürgerrechtsbewegung Solidarität,

Live im Internet  
am 21. August 2009 um 18 Uhr

[www.bueso.de](http://www.bueso.de)

Senden Sie Ihre Fragen an:

[kanzlerkandidatin@bueso.de](mailto:kanzlerkandidatin@bueso.de)

unmittelbare Potential hat, zur schwersten Krise in der Geschichte der Menschheit zu werden. Eine von Europa initiierte Lösung ist solange nicht zu erwarten, solange die Regierungen ihre Währungssouveränität an eine unabhängige Europäische Zentralbank abgegeben haben, die sich inzwischen an dem gleichen „quantitative easing“ - sprich „Geld drucken“ - und Aufkaufen von Giftmüll beteiligt, wie die Fed und die Bank of England. Die EZB ist fest dem neoliberalen Paradigma von Brüssel verpflichtet.

Als Bundeskanzlerin würde ich mich für ein starkes Europa der souveränen Republiken einsetzen, die gemeinsam für die gemeinsamen Ziele der Menschheit eintreten.

### 2. Wer könnte eine neue Finanzstruktur durchsetzen?

Woher also könnte eine wirksame Initiative für die Überwindung der Krise kommen? Die jüngsten Konferenzen der G8, G20 und der BRIC haben demonstriert, daß es in diesen Kombinationen von Staaten ebenfalls nicht möglich war, eine Lösung für die Krise zu verwirklichen.

Deshalb bleibt trotz aller offensichtlichen Schwierigkeiten der Vorschlag von Lyndon LaRouche die einzige Lösung: daß nur die vier größten Nationen der Welt, nämlich die USA, Rußland, China und Indien gemeinsam in der Lage sind, die Verwirklichung einer neuen Finanzarchitektur, eines neuen Bretton-Woods-Systems, auf die Tagesordnung zu setzen, zu denen sich dann andere souveräne Nationen gruppieren können. Keine andere Kombination von Staaten hat genügend Macht oder den politischen Willen, sich der internationalen Finanzoligarchie entgegenzusetzen. Für diese These gibt es einen sehr einfachen Beweis: Trotz der verschiedenen Konferenzen von G8, G20 und BRIC geht die Kasino-Wirtschaft weiter, obwohl seit Ende Juli 2007 die Zusammenbruchskrise un-

unterbrochen eskaliert. Trotz der enormen Einbrüche bei der Realwirtschaft weltweit hat sich nichts geändert; Verbriefungsmarkt, Hedgefonds, innovative Finanzinstrumente, Steueroasen, Hochrisikogeschäfte - alles geht weiter wie zuvor. Offensichtlich hatten die Regierungen entweder nicht die Macht

oder nicht den Willen, sich diesen Finanzinteressen entgegenzustellen.

Ob es zu dieser Zusammenarbeit der vier genannten Staaten kommen wird, hängt primär vom Ausgang der Auseinandersetzung in den USA ab. Wenn es Lyndon LaRouche gelingt, in dieser Krise, in der 48 von 50 Staaten in den USA praktisch insolvent sind und die unmittelbare Gefahr besteht, daß die Landesregierungen wegen Geldmangels funktionsunfähig werden, patriotische Kräfte zur Zusammenarbeit zu mobilisieren, um die Tradition der Politik Franklin D. Roosevelts zu aktivieren, dann ist eine solche Perspektive realistisch. Im Augenblick wächst der Widerstand in den USA gegen den Versuch der Obama-Administration, eine

**BüSo**  
Bürgerrechtsbewegung  
Solidarität

Bundesgeschäftsstelle:  
06131-237384

BW: 0711-6773726

Bayern: 089-7254011

Berlin: 030-8023405

Hamburg: 040-18200658

Hessen: 0611-7169744

Niedersachsen: 0163-7774034

NRW: 0201-3619753

Sachsen: 0351-4278140

E-Mail: [info@bueso.de](mailto:info@bueso.de)  
[www.bueso.de](http://www.bueso.de)

BüSo · Postfach 221128  
55050 Mainz

Spendenkonto:

Kto.-Nr. 1660 27-676,

BLZ 545 100 67

Postbank Ludwigshafen

brutale Kürzung der Gesundheitsversorgung nach den britischen Vorbildern von NICE und QALY („qualitätsgewichtete Lebensjahre“) durchzusetzen, die ihrerseits am Vorbild der Euthanasie-Praxis Hitlers („Tiergarten 4“) orientiert sind.

In Rußland ist die Erinnerung an eine Zusammenarbeit zwischen den USA und Rußland im Zweiten Weltkrieg sehr positiv besetzt. Der frühere Präsident Putin sprach wiederholt von der Notwendigkeit eines New Deal für Rußland, und in keinem Land wurde des 125. Geburtstages von Franklin Roosevelt so ausführlich in Feierlichkeiten gedacht, wie eben in Rußland. Wenn die amerikanische Regierung Rußland das Angebot machte, in der Tradition Roosevelts bei der Überwindung der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise zusammenzuarbeiten, wäre eine Zustimmung gewiß.

Wenn es zu einer solchen Kooperation zwischen den USA und Rußland käme, wäre kein Land erleichterter, als China. Der wirtschaftliche Kollaps der USA hat für China wegen seiner Abhängigkeit vom amerikanischen Exportmarkt dramatische Folgen, die nur beendet werden können, wenn die USA und Rußland gemeinsam die Wirtschaftskrise mit der gleichen Politik des New Deal überwinden, mit der Roosevelt die USA in den dreißiger Jahren aus der Depression hinausgeführt hat. Wie ich bei einem Besuch in New Delhi im Dezember 2008 in zahlreichen Gesprächen mit hochrangigen Politikern und Institutionen feststellen konnte, würde sich

Wenn die BüSo im Bundestag wäre, würden wir uns für eine produktive Kreditschöpfung einsetzen, wo z.B. die KfW staatliche Kredite für produktive Investitionen ausgeben würde, um produktive Vollbeschäftigung zu verwirklichen.

Indien einer Kombination von USA, Rußland und China sofort anschließen.

Lyndon LaRouche hat in seinem Internetforum vom 27. Juni hervorgehoben, daß die jüngsten Vorschläge von einigen Politikern bzw. Instituten in Rußland und China, den Dollar durch andere Währungen als Reservewährung zu ersetzen, weniger einer grundsätzlichen Haltung entspringt, als vielmehr einer Verzweiflung über die bisherige Politik der Obama-Administration, die sich seit dem G20-Gipfel Anfang April in London durch nichts von der Politik des Britischen Empire unterscheidet. Daß viele Staaten unter diesen Bedingungen verzweifelt nach Möglichkeiten des Überlebens suchen und dabei anfällig für inkompetente Berater werden, liegt in der Natur der Sache.

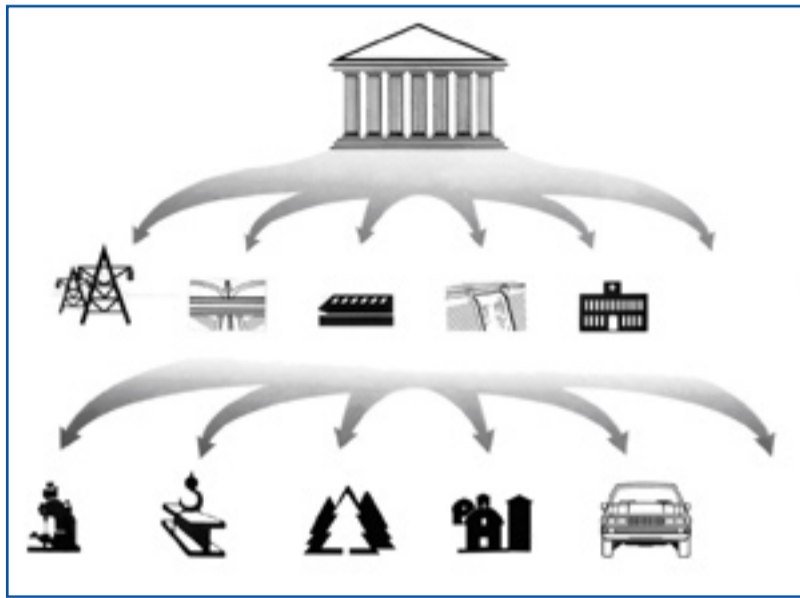
In dem Augenblick, in dem ein ernsthaftes Signal aus den USA kommt, zu den antikolonialistischen Absichten Roose-

velts zurückzukehren, wäre der Weg für eine Lösung beschriftet.

Die zuweilen ausgedrückte Furcht in Europa, man wolle nicht schon wieder eine Situation, in der die USA unilateralistisch alles bestimmen wollen, reflektiert eine weit verbreitete Unkenntnis über die Geschichte, und zwar sowohl der Geschichte des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges gegen das Britische Empire als auch die Tradition der Unabhängig-

### 3. Die Zusammenbruchs-krise eskaliert

Fallen Sie nicht auf Märchen herein: Wenn jetzt dieselben Politiker und Ökonomen, die auch bisher verlässlich in ihren Prognosen daneben lagen, versprechen, daß „die Talsohle erreicht“ oder gar „grüne Sprößlinge“ eines kommenden Aufschwungs sichtbar seien, dann ist dies reine Zweck-Propaganda. Entweder kommen solche Aussagen von Leuten, die einfach mit der Kasi-



Im System der produktiven Kreditschöpfung stellt die Nationalbank Kredite für Infrastruktur- und andere Projekte bereit, die die Produktivität der Volkswirtschaft insgesamt anheben. Das Geld fließt dann an die Firmen, die im Rahmen dieser Projekte Aufträge übernehmen, und belebt so auch die übrige Wirtschaft.

keitserklärung von 1776 als rotem Faden in der amerikanischen Geschichte von den Gründervätern über John Quincy Adams, Abraham Lincoln, Franklin D. Roosevelt, Martin Luther King bis zur LaRouche-Bewegung heute. Grundlage dieser Politik ist die Idee einer Allianz vollkommen souveräner Nationalstaaten, die durch die gemeinsamen Ziele der Menschheit miteinander verbunden sind. Sie besteht in einer völligen Zurückweisung jeglicher Formen von Imperialismus und Kolonialismus. Wenn die USA ein solches Kooperationsangebot an Rußland, China und Indien in der Tradition Roosevelts machen, wären sie eben nicht mehr das Amerika der Regierungen Bush und Obama auf dem jetzigen Irrweg, sondern das Amerika der amerikanischen Verfassung.

Die genannte Furcht reflektiert aber auch eine Unkenntnis über die deutsche Geschichte, vor allem die Beziehung Bismarcks zu der Wirtschaftspolitik Lincolns, die die Transformation Deutschlands von einem Feudalstaat zu einer der modernsten Industrienationen bedeutete. Deutschland schaffte diesen Sprung, dem wir seitdem unseren Wohlstand verdanken, weil seit Bismarcks Reformen das angewandt wurde, was zuvor Friedrich List als das „amerikanische System“ im Unterschied zum „britischen System“ der Ökonomie bezeichnet hatte.

Wenn die BüSo im Bundestag wäre, würden wir uns für eine produktive Kreditschöpfung einsetzen, wo z.B. die KfW, die in der Wiederaufbauperiode nach dem Vorbild von Roosevelts Reconstruction Finance Corporation aufgebaut worden war, staatliche Kredite für produktive Investitionen ausgeben würde, um produktive Vollbeschäftigung zu verwirklichen.

no-Wirtschaft so weiter machen wollen wie bisher, oder sie stammen von Politikern, die einfach nur irgendwie ohne größere Beunruhigung der Wähler bis zum Bundestagswahltermin am 27. September kommen wollen. Ob sich die Realität aber an Wahltermine und Politikerwünsche in Deutschland halten wird, ist mehr als fraglich.

Wenn es bei den jetzt im Bundestag vertretenen Parteien bleiben sollte, droht nach der Wahl auf jeden Fall brutalste Sparpolitik, die den Lebensstandard jedes einzelnen empfindlich treffen wird. Die Lage auf den internationalen Finanzmärkten ist so angespannt, daß schon der kleinste Fehler zu einer neuen Phase von Einbrüchen führen kann. Die Chance, daß es bis Ende Oktober nicht zu einem noch viel größeren Crash kommen wird, ist äußerst gering. Sehr bald werden auf jeden Fall alle die Flickwerk-Lösungen an ihr Ende kommen, von der Abwrackprämie bis zur Kurzarbeit. Mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit weit über die offiziell für das nächste Jahr prognostizierten 5,1 Millionen ist zu rechnen. Da die Aufträge bei den deutschen Autobauern, beim Maschinenbau und der Exportwirtschaft in den letzten Monaten um 30 bis 50% eingebrochen sind, werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden erhebliche Verluste erleiden, und viele öffentliche Aufgaben nur vermindert oder gar nicht mehr wahrgenommen werden können.

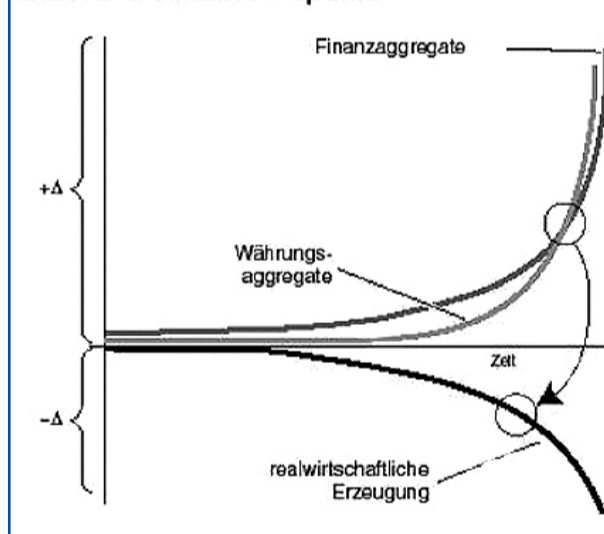
Genau in dieser Erwartung brüstet sich der Vorstand der privaten Rhön-Kliniken damit, daß dieser Konzern bereits eine

Kriegskasse von 1 Milliarde (!) Euro angesammelt habe, um gegen Jahresende, wenn viele Gemeinden wegen gesunkener Steuereinnahmen das Geld für die Betreibung ihrer öffentlichen Krankenhäuser nicht mehr hätten, diese zu übernehmen.

Es wird unter den gegebenen Umständen keine Erholung geben, sondern einen dramatischen weiteren Absturz, weil die verantwortlichen Regierungen in den inzwischen zwei Jahren (!) seit dem Ausbruch der Krise Ende Juli 2007 zwar enorme Mengen von Liquidität - schätzungsweise um die 20 Billionen Dollar - in das Finanzsystem gepumpt haben, um den Giftmüll, die unverkäuflichen Wertpapiere zu honorieren, aber im wesentlichen nichts getan haben, um die Ursachen für die Krise zu beseitigen.

Wenn ein Flugzeug abstürzt oder ein Zug entgleist, folgen immer ausführliche, manchmal jahrelang dauernde Analysen der Unfallursachen, in denen akribisch untersucht wird, welche Faktoren eine Rolle gespielt haben und wo Schwachstellen lagen, die ausgebessert werden müssen, damit ähnliche Unfälle in der Zukunft vermieden werden können. Erstaunlicherweise ist aber im Fall dieser Zusammenbruchskrise, die weit über die große Depression hinausgeht und schon enorme Kapazitäten in der Realwirtschaft weltweit zerstört hat, bisher von offizieller Seite keine Ursachenanalyse erfolgt, die auch nur annähernd diesen Namen verdienen würde.

### Der Zusammenbruch erreicht einen kritischen Instabilitätspunkt



Lyndon LaRouches berühmte „Tripel-Kurve“ von 1995 veranschaulicht, wie sich das Ausufern der Spekulationen und der Kollaps der Realwirtschaft gegenseitig verstärken, bis das System zusammenbricht.

Der Grund liegt offensichtlich darin, daß sich einige Regierungsmitglieder und Bundestagsabgeordnete selber untersuchen müßten, inwieweit sie die Interessen der Finanzmärkte in Deutschland - und dies gewiß nicht zu ihrem persönlichen Nachteil - durchgesetzt haben. Inzwischen haben selbst die TV-Programme „Report“ und „Monitor“ einen identischen Bericht über eine Person gebracht, dessen Karriere zum Synonym für die Deregulierung und Öffnung des deutschen Finanzsektors für Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften geworden ist.

Der erst 43 Jahre alte Jörg Asmussen blickt immerhin schon auf eine dreizehnjährige kontinuierliche Laufbahn im Finanzministerium zurück, die ihn vom Referenten bis zum Staats-

sekretär führte, ganz gleich, ob der Minister Waigel, Lafontaine, Eichel, oder Steinbrück hieß. Zu seinen Leistungen gehört u. a. die Mitarbeit am Zustandekommen der Lobbyorganisation „True Sale International“ (TSI), mit der der Ausbau des Verbriefungsmarktes in Deutschland begann, als auch die Aufnahme der Forderung nach Abschaffung von „überflüssigen Regulierungen“ in den Koalitionsvertrag von 2005. Asmussen saß sowohl im Gesellschafterbeirat von TSI, als auch im Aufsichtsrat der IKB, die im amerikanischen Immobiliengeschäft über 6 Milliarden Euro Verluste machte und dann nach einer erheblichen Kapitalaufstockung durch Steuergelder für eine Spottsumme an die amerikanische Heuschrecke Lone Star verkauft wurde.

Außerdem saß er als Vertreter des BMF im Verwaltungsrat der BaFin und sitzt jetzt im Lenkungsausschuß des Bankenrettungsfonds SoFFin, der über die Vergabe von Steuergeldern an marode Banken entscheidet, und im „Wirtschaftsfonds Deutschland“, der ohne parlamentarische Kontrolle darüber entscheidet, welche Unternehmen Staatsbürgschaften erhalten. Asmussen war auch mit der Vorbereitung des G20-Gipfels in London beauftragt und sitzt jetzt in einer Expertengruppe von sechs Mitgliedern, die Vorschläge für neue Finanzmarktregeln machen soll.

In einem Beitrag, den Asmussen für die Juli-Ausgabe für die Zeitung der Washingtoner Denkfabrik CSIS, *The Quarterly Review*, schrieb, läßt er keinen Zweifel, daß er alles beim Alten lassen will: „Das zukünftige Finanzsystem muß auch weiterhin global und vernetzt sein und auf offenem globalem Handel und freien Kapitalströmen über die Grenzen hinweg beruhen. Große, komplexe Finanzinstitute werden weiterhin in mehreren Rechtssystemen operieren, um den Bedürfnissen ihrer großen globalen Kunden gerecht zu werden...“

Auch wenn Asmussen dann „robust regulations“ fordert, gehört er definitiv zu der Gruppierung von Personen, die zwar ein paar Korrekturen propagieren, aber nur, damit das System wesentlich erhalten bleibt.

Könnte es wohl sein, daß Asmussen ein Agent der Finanzoligarchie ist? Wenn etwas geht wie ein Bär, aussieht wie ein Bär, frißt wie ein Bär und riecht wie ein Bär, ja vielleicht ist es dann ein Bär?

Und so ist es kein Wunder,

Impressum:  
Herausgegeben von der  
Bürgerrechtsbewegung Solidarität,  
Bundesgeschäftsstelle,  
Postfach 221128, D-55050 Mainz  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Elke Fimmen, c/o BüSo,  
Postfach 221128, D-55050 Mainz.  
Druck: Henke Pressedruck  
GmbH & Co. KG, 13053 Berlin  
August 2009

daß die Kasino-Wirtschaft schon wieder in vollem Gange ist, wenn im Berliner Finanzministerium „innovative Finanzinstrumente“ nach wie vor positiv gesehen werden. Statt Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften zu verbieten, fordert Frau Merkel nur „mehr Transparenz“, der Verbriefungsmarkt ist wieder voll im Schwung, Herr Ackermann verspricht schon wieder Renditeraten von 25%, die nur im Hochrisikobereich zu erreichen sind. Der amerikanische Versicherungskonzern AIG, der insgesamt 180 Milliarden Dollar an Steuergeldern geschluckt hat, zahlt schon wieder Boni in mehrstelligen Millionenbeträgen aus, und in London heißt es „BAB“ (Boni are back). Der nächste, noch dramatischere Crash ist für sehr, sehr bald vorprogrammiert.

Wenn sich das alles nur im Bereich von Monopoly abspielen würde, könnte man ja sagen, „laß die einen zocken, und die anderen arbeiten und haben ein menschliches Leben“. Aber leider haben die Zockermentalität und die Haltung ihrer Sympathisanten unter den Politikern Konsequenzen im realen Leben: sie vernichten Existenzen und verkürzen Menschenleben.

#### 4. Eine Untersuchungskommission ist notwendig

In dem Augenblick, in dem die BüSo in den Bundestag gewählt ist, wird sie eine Untersuchungskommission in der Tradition der Pecora-Kommission einrichten, die nach dem Crash von 1929 untersuchte, welche kriminellen Elemente wie Insider-Trading, Korruption, und Marktmanipulationen eine Rolle spielten. Pecora hatte die Macht, die Topbanker unter Strafandrohung vorzuladen und zu befragen. Den Bericht über diese Verhöre veröffentlichte er in dem Buch *Wall Street unter Eid*. Auf Grundlage dieser Untersuchung war es Franklin D. Roosevelt dann möglich, Gesetze wie das Glass-Steagall-Gesetz zu verabschieden, die es öffentlichen und Geschäftsbanken bei Strafe verboten, sich in Spekulationen zu engagieren.

Die neue Pecora-Kommission muß u. a. untersuchen, wer für die diversen Deregulierungen verantwortlich war, ob bei Ge-

Politikern in den Finanzsektor wechseln und umgekehrt. Eine Fragestellung wäre, ob bei der Verwendung dreistelliger Milliardenbeträge von Steuerzahlergeldern zur Rettung von Banken, die angeblich „systemrelevant“ sind, diese Systemrelevanz darin bestehe, daß der Giftmüll dieser Banken gewissen Ansprüchen bestimmter Kategorien von Privatanlegern entspricht, oder darin, daß das



Der New Yorker Staatsanwalt Ferdinand Pecora leitete 1932-34 den Untersuchungsausschuß über die Vorgänge und Machenschaften, die zum Börsenkrach von 1929 geführt hatten. Eine solche Untersuchung brauchen wir auch heute wieder.

„System“ der Kasino-Wirtschaft weiter gehen soll? Endresultat der Untersuchung müssen Gesetze sein, die all dem einen Riegel vorschieben.

Der Zickzack-Kurs von Peer Steinbrück, der einerseits Gordon Brown „grobem Keynesianismus“ vorwarf, dann maroden Banken die Steuermilliarden hinterherwarf, nur um dann „Bad Banks“ zu erlauben, und als dies immer noch nichts half, vorschlug, der Staat solle selber Kredite an die Industrie vergeben, um dann, von Inflationsangst geplagt, der Verankerung einer Schuldenbremse im Grundgesetz zuzujubeln, zeigt entweder grobe Inkompetenz oder sogar bösen Willen. Danach sollen die Länder ab 2020 so gut wie überhaupt keine Schulden mehr machen dürfen, die Verschuldung des Bundes soll auf 0,35% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) begrenzt werden. Daß der Bund dann so gut wie keinen Spielraum mehr für Kredite für öffentliche Aufgaben, für Infrastruktur, für Bildungsinvestitionen etc. hätte, scheint ihn, der mit den Bankenrettungspakten die größte Neuverschuldung Deutschlands zu verantworten hat, und die anderen Abgeordneten, die für

noch die Jungen etwas haben. Von Realwirtschaft haben diese Leute keinen blauen Dunst.

Der springende Punkt bleibt, ob es gelingen wird, die jetzige Krise zu überwinden. Dies wird von der Bereitschaft der oben genannten und weiterer Staaten abhängen, aus der Insolvenz des Systems der Globalisierung den einzig möglichen Schluß zu ziehen, nämlich dieses System einem Insolvenzverfahren zu unterziehen, den Giftmüll der Banken aus den Büchern zu streichen und das bankrotte monetäre System durch ein Kreditsystem zu ersetzen, bei dem es ausschließlich um den Aufbau der physischen Wirtschaft geht.

Interessanterweise hat nun auch der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maiziere, die internationale Wirtschaftskrise mit dem Ende der DDR verglichen. Für viele Westdeutsche handele es sich um eine Krise im System, viele Ostdeutsche empfänden die Finanzkrise dagegen als Krise des Systems. „Wir haben das Gefühl, das fühlt sich ganz ähnlich an, wie das, was wir schon einmal erlebt haben“, stellte er fest. So ist es.

Genau dies habe ich schon 1989/ 90 prognostiziert, als ich davor warnte, auf die damals bankrotte kommunistische Wirtschaft einfach die im Prinzip ebenfalls bankrotte freie Marktwirtschaft überzustülpen. Damals warnte ich, es würde dann sicher möglich sein, einige Jahre durch primitive Akkumulation Reichtum aus den früheren Comecon-Staaten und der sogenannten Dritten Welt als Stätten der Billigproduktion abzuziehen, aber dann würde es zu einem nur um so dramatischeren Kollaps kommen. Genau an diesem Punkt befinden wir uns heute.

#### 5. Die Gefahr eines neuen Faschismus

Inzwischen wird von diversen Individuen und Publikationen zugegeben, daß die heutige Krise in ihrer Schwere und Tragweite weit über die große Depression der dreißiger Jahre hinausgeht. Deshalb ist nichts irreführender als die Formulierung, „nach der Krise“ müsse dies und jenes geschehen. Denn die Frage ist, mit welcher Politik wir auf die Krise reagieren, und da stellen sich im Prinzip die gleichen Alternativen wie in den dreißiger Jahren, wenn auch mit Unterschieden: Entweder die Folgen der Krise werden durch eine massive Kürzung des Lebensstandards auf die Bevölkerung abgewälzt, in der Tradition des Prozesses, der von der Müller-Regierung über Brüning bis hin zu Schacht und Hitler führte, oder wir wählen die Politik von Roosevelt, der die USA in den dreißiger Jahren mit Hilfe des New Deals aus der Depression herausgeführt hat.

Wenn die Politik nicht geändert wird, droht die Krise in dramatischer Weise viel schlimmer zu werden als in den drei-

ßiger Jahren, weil wegen der Globalisierung alle Marktsegmente der Weltwirtschaft eng miteinander verflochten sind. Seit Ende Juli 2007 sehen wir, wie sich das „Klumpenrisiko“ der Kasino-Wirtschaft voll niederschlägt: Was durch den Kollaps des sogenannten zweitrangigen Immobilienmarktes in den USA ausgelöst wurde, führte nicht nur zu einer weltweiten Bankenkrise, es hatte auch enorme Einbrüche der Realwirtschaft und beim Welthandel zur Folge, von dem kein einziges Land auf der Welt verschont blieb.

Dank Allan Greenspans Geschenk der „innovativen Finanzinstrumente“ sitzen die Banken weltweit auf schätzungsweise 1,5 Billionen (1.500.000.000.000) Dollar Giftmüll. Dies ist jedenfalls die von Jacques Attali, dem ehemaligen Berater von Francois Mitterrand, genannte Zahl, der auch vor einem planetarischen Weimar 1923 warnte. Die Kombination von zunächst Deflation und dann weltweiter Hyperinflation mit kaum vorstellbaren Konsequenzen für Welt Hunger und Pandemien, von denen die Schweinegrippe nur die momentan offensichtliche ist, würde zur Unregierbarkeit führen. Schon heute ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt, Kalifornien, nicht mehr weit davon entfernt, wenn die meisten Banken nicht mehr die von der Regierung ausgestellten Schuldscheine (IOUs) akzeptieren und unverzichtbare Sozialprogramme gestrichen werden. Weit über die Konsequenzen der großen Depression der dreißiger Jahre droht ein Absturz ins Chaos, in dem die Weltbevölkerung sehr schnell um einige Milliarden schrumpfen könnte.

Eine Parallele zu den dreißiger Jahren besteht allerdings auch darin, daß damals wie heute die internationalen Kartelle und Finanzkonglomerate, die Hausmacht der Finanzoligarchie, faschistische Lösungen für die Krise unterstützen. Damals waren es der Korporatismus Mussolinis und die Schachtsche Sparpolitik Hitlers. Schon 1971 sagte der Ökonom Aba Lerner 1971 in einer Debatte am Queens College in

New York mit Lyndon LaRouche: „Hätten die Parteien in den dreißiger Jahren Hjalmar Schachts Politik akzeptiert, dann wäre Hitler gar nicht nötig gewesen.“ Heute ist Schacht offensichtlich weitgehend akzeptiert. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn die Interessen der Banken und Spekulanten auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung durchgesetzt werden.

*In dem Augenblick, in dem die BüSo in den Bundestag gewählt ist, wird sie eine Untersuchungskommission in der Tradition der Pecora-Kommission einrichten, die nach dem Crash von 1929 untersuchte, welche kriminellen Elemente wie Insider-Trading, Korruption, und Marktmanipulationen eine Rolle spielten.*

#### 6. Es gibt kein unwertes Leben!

Unter der Schockwirkung der Greuelthaten der Nationalsozialisten war es in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ein internationaler Konsens, daß es nie wieder Euthanasie geben dürfe. „Never again“ und „Wehret den Anfängen“ waren für lange Zeit die Formeln, die für diese Verpflichtung standen. In der Phase des Wiederaufbaus aus den Trümmerfeldern war trotz anfänglichen Mangels der Vektor der Entwicklung optimistisch. Ein enormer Aufbauwille der deutschen Bevölkerung und eine auf richtigen Prinzipien basierende Wirtschaftspolitik führten in wenigen Jahren zum weltweit bewunderten deutschen Wirtschaftswunder. In dieser Zeit entwickelte sich das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten weltweit. Gleichzeitig wurden in der UNO die sogenannten Entwicklungsdekaden diskutiert, die mit der Idee verbunden waren, daß die Unterentwicklung

**Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!**

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-mail: \_\_\_\_\_

Ja, ich unterstütze den Aufruf zur Bildung einer „Pecora“-Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Finanzkrise.

Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.

Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen: Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung Neue Solidarität vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität  
Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

**Fragen an die Kanzlerkandidatin?**  
Senden Sie Ihre Fragen an  
kanzlerkandidatin@bueso.de

schäften wie dem sogenannten „cross-border leasing“, also dem Verkauf von kommunaler Infrastruktur an internationale Investoren, nur Inkompetenz vorlag, oder betrügerische Absicht, ob es in der deutschen Politik auch das „Drehtür-Problem“ gibt, wie z. B. zwischen Washington und New York, wo

die Schuldenbremse gestimmt haben, nicht zu beunruhigen. Völlig kontraproduktiv ist auch die gerade rechtzeitig zum Wahlkampf losgetretene Debatte um die Rentengarantie versus Gerechtigkeit für die Jungen: So wie jetzt die Politik im Interesse der Finanzmärkte ausgerichtet ist, werden weder die Alten

der Entwicklungsländer durch die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie einmal überwunden werden könnte.

Aber schon in den sechziger Jahren begann der politische, kulturelle und ökonomische Wertewandel, in dem letztlich die Ursachen für die heutige weltweite Systemkrise zu finden sind. 1968 kam es nicht nur zu der nach dieser Jahreszahl benannten Bewegung, 1968 wurde auch eine der wichtigsten Organisationen, die diese Verschiebung der Werte gewissermaßen als PR-Firma der internationalen Oligarchie - in Gang setzte, gegründet, der Club of Rome. Mit enormen Mitteln wurden weltweit Bücher in Umlauf gebracht, die die bisherige Überzeugung, daß das Problem der sogenannten Dritten Welt in der Unterentwicklung liegt, durch die Idee ersetzte, die Überbevölkerung sei das eigentliche Problem. Die These von den „Grenzen des Wachstums“ und der angeblichen Begrenztheit der Ressourcen und des Wachstums wurde verbreitet.

Obwohl die MIT-Professoren Meadows und Forrester, die Autoren dieses Buches, später zugaben, daß sie ihre Computermodelle so geschrieben hatten, daß das gewünschte Ergebnis von vornherein feststand, und daß sie bewußt den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt als das Element, das bestimmt, was ein natürlicher Rohstoff ist, aus dem Modell herausgelassen hatten, war der Boden für die Entstehung der Ökologie-Bewegung bereitet. Innerhalb weniger Jahre war der Mensch nicht mehr das schöpferische Individuum, das mit Hilfe wissenschaftlicher Entdeckungen und ihrer Anwendung im Produktionsprozeß die Lebenserwartung und -qualität stetig erhöhen kann. Schritt für Schritt verschob sich das Menschenbild zu einem die Umwelt belastenden, ressourcenverbrauchenden Faktor, dessen Zahl besser reduziert werden sollte.

Auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest, an der ich 1974 teilnahm, wurde die dort von John D. Rockefeller III. vertretene These von der angeblichen Überbevölkerung

noch von allen NGOs als „Rockefeller-Baby“ verlacht. Aber die Wirkung des im gleichen Jahr von Henry Kissinger, dem damaligen Nationalen Sicherheitsberater Richard Nixons, verfaßten Memorandums „NSSM 200“ tat ein übriges, um die internationale Meinung zu diesem Thema zu manipulieren. In diesem Memorandum wurde schlicht und einfach der Anspruch erhoben, die natürlichen Ressourcen auf der Welt gehörten zu den strategischen Sicherheitsinteressen der USA, und diese hätten das Recht, die Regierungen in den relevanten Ländern zu beeinflussen, ihre Bevölkerung notfalls auch durch den Einsatz der Nahrungsmittelwaffe zu reduzieren.

Anfang der achtziger Jahre hatten die weltweiten Propagandafeldzüge von Organisationen wie dem Club of Rome, dem World Wildlife Fund, der Trilateralen Kommission, den Bilderbergern und einer Unzahl anderer oligarchischer Denkfa-

*Die einzige Institution, die das Menschenrecht schützen kann, ist der souveräne Nationalstaat, der dem Gemeinwohl verpflichtet sein, d. h., alle seine Bürger in ihrer existentiellen Menschlichkeit schützen muß.*

briken bereits eine solche Wirkung auf das öffentliche Bewußtsein, daß das Prinzip der Unantastbarkeit des Lebens und der Menschenwürde für alle Menschen auf diesem Planeten schon weitgehend einem Kosten-Nutzen-Denken Platz gemacht hatte. Die These von der Überbevölkerung und der Ressourcenknappheit hatten ein darwinistisches, latent rassistisches Umdenken in weiten Bevölkerungsteilen bewirkt.

## 7. Das Recht auf Leben

Dagegen gründete ich 1982 als explizite Gegenorganisation den Club of Life, der das Ziel hatte und hat, das christlich-humanistische Menschenbild

zu verteidigen, das den Menschen durch seine schöpferische Vernunftbegabtheit von allen anderen Lebewesen unterschieden sieht. Der von mir hochgeschätzte Nikolaus von Kues, Begründer der modernen Naturwissenschaften und des modernen souveränen Nationalstaates, definiert den Menschen in seinen Schriften als „imago viva dei“, als lebendiges Abbild Gottes, der die vornehmste Fähigkeit des Schöpfergottes nachahmt und die Schöpfung dadurch fortsetzt.

Die unantastbare Menschenwürde resultiert aus dieser einzigartigen Eigenschaft des Menschen, die Nikolaus von Kues „vis creativa“ nennt, und die den Menschen zur „capax dei“ befähigt, zu der Fähigkeit, durch seine kreative Tätigkeit an Gott teilzuhaben. Aus diesem Grund ist der Mensch wirklich die „Krone der Schöpfung“, wie es im Buch 1:26 der Genesis ausgedrückt ist, und nicht nur der Verwalter der Natur oder ein höherentwickelter Affe. Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das durch seine kreativen Erkenntnisse über die Gesetze des physischen Universums immer wieder wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt bewirken kann. Wenn dieser Fortschritt im Produktionsprozeß angewendet wird, steigt die Produktivität von Arbeitskraft und Produktionskapazitäten, und das Bevölkerungspotential sowie die Lebensqualität und -dauer steigen.

Aus diesem Menschenbild, zu dem noch die Fähigkeit des Menschen zur uneigennütigen Nächstenliebe - „agape“ - und der freie Wille hinzukommen, ergibt sich das unveräußerliche Recht auf Leben des Menschen in allen Stadien seiner Existenz. Die einzige Institution, die dieses Menschenrecht schützen kann, ist der souveräne Nationalstaat, der dem Gemeinwohl verpflichtet sein, d. h., alle seine Bürger in ihrer existentiellen Menschlichkeit schützen muß. Genau dieser Rechtsgrundsatz der „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte“ wird im Artikel 1 des Grundgesetzes garantiert, und glücklicherweise hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe diesen Rechtsgrundsatz im Urteil zu der Verfassungsklage gegen den Lissaboner Vertrag als eines der Ewigkeitsrechte bezeichnet, ebenso wie Artikel 20, der die Identität Deutschlands als sozialen Staat bestimmt.

Der Club of Life hat in zahlreichen Veröffentlichungen und Seminaren seit 27 Jahren dieses unantastbare Recht auf Leben an allen wichtigen Schnittstellen, an denen versucht wurde, es einzuschränken oder in subtiler Weise abzubauen, verteidigt. Ob es um die gefährlich sophistische Argumentation von Bioethikern wie Peter Singer geht, um Euthanasie in Holland, um Präimplantationsdiagnostik, die Ernährung von Koma-Patienten, arztunterstütztem Suizid, Fallpauschalen oder Patientenverfügung ging, der Club of

Life hat immer versucht, das Prinzip Leben zu verteidigen und die Gefahren aufzuzeigen, wenn „die schiefe Ebene“ betreten wurde.

Eine dramatische Verschlechterung gab es im deutschen Gesundheitssystem ab 1992, als es zu einem Pakt zwischen dem damaligen Gesundheitsminister Seehofer und dem SPD-Sozialexperten Dressler kam, als

lich finale Runde geht, dann werden wir auch in ganz Deutschland bald eine gesundheitliche Versorgungslage haben wie in Kalkutta.

Als der Präsident der Bundesärztekammer Professor Hoppe auf dem diesjährigen Ärztetag in Mainz in seiner Eröffnungsrede darauf hinwies, daß es in Deutschland bereits eine heimliche Rationierung im Gesund-



Lyndon LaRouche und Helga Zepp-LaRouche mit dem russischen Wissenschaftler Stanislaw Menschikow (v.l.n.r.) bei einer Konferenz des von Helga Zepp-LaRouche gegründeten Schiller-Instituts über den Ausbau der Eurasischen Landbrücke.

dessen Folge die ersten Stufen der Budgetierung sowie der Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen eingeführt wurde. Sie haben die Barrieren eingerissen, das Kosten-Nutzen-Denken eingeführt. Seitdem hat sich eine skandalöse, inzwischen lebensbedrohliche Unterfinanzierung und Unterversorgung entwickelt, so daß es längst verdeckte Euthanasie, Rationierung und Priorisierung gibt. Es gibt für bestimmte Teile der Bevölkerung in Bezug auf die Gesundheitsversorgung bereits eine Situation wie in der Dritten Welt. Dies ist die Feststellung einer katholischen Nonne.

Schon seit längerem geht der Trend mit der Einführung der Fallpauschalen dahin, daß „teure Patientengruppen“ halt einfach Pech haben; nicht mehr der Patient wird als Mensch behandelt, sondern profitable

heitswesen gebe und diese öffentlich diskutiert werden müsse, damit eine öffentliche Debatte darüber geführt werden könne, ob für die medizinische Versorgung mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsse, oder ob man sich auf eine fachmännische Beratung über eine Priorisierung einigen wolle, blies Ulla Schmidt empört die Backen auf und nannte diesen Vorschlag „ziemlich menschenverachtend“.

Die Realität ist jedoch, daß es unter der Ägide dieser Frau Schmidt und ihrer Gesundheitsreform in Deutschland bereits eine eklatante Unterfinanzierung des Gesundheitssektors gibt, die menschenverachtend ist. Denn die sogenannte „Dekkelung“ der Kosten bedeutet, daß viele Patienten nicht mehr ausreichend versorgt oder durch hohe Eigenbeteiligung belastet werden, obwohl sie ihr ganzes Leben lang in die Krankenkassen einbezahlt haben. Niedergelassene Ärzte werden angewiesen, ein kleineres Kontingent von profitablen Patienten zu behalten und teure, chronisch Kranke nicht weiter zu behandeln, obwohl es manchmal in ländlichen Gebieten keine Alternative gibt. Die Lage in den meisten Krankenhäusern entwickelt sich in eine ähnliche Richtung: Betten werden nicht belegt, weil das Pflegepersonal fehlt, u.s.w., die Beispiele ließen sich lange fortsetzen.

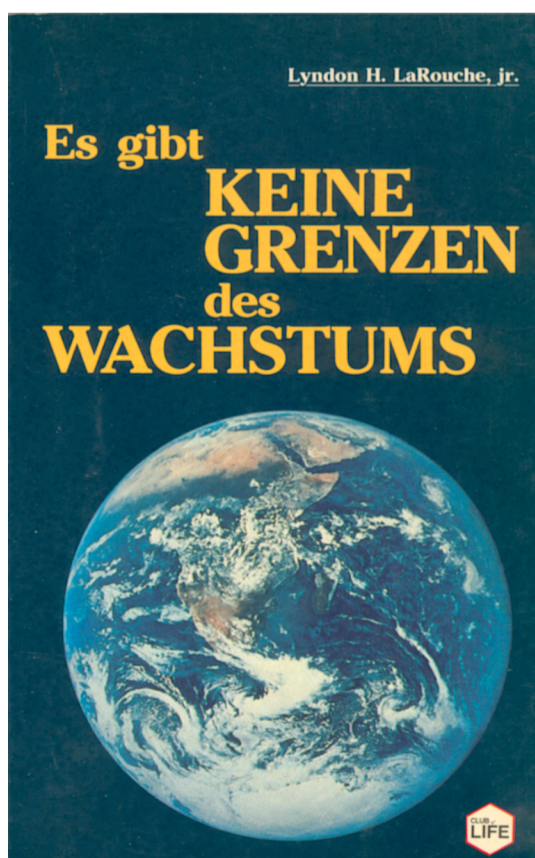
Auch wenn die Situation in Deutschland natürlich noch nicht so krass ist wie in England, wo das „National Institute for Health and Clinical Excellence“ (NICE) und Programme wie „Quality Adjusted Life Years“ (QALY) ganz brutal Therapien für bestimmte Altersgruppen und Kategorien von Patienten verweigern, und den USA, wo die Regierung Obama versucht, eine Gesundheitsreform durchzusetzen, bei der 30% der Kosten (!) eingespart werden sollen, sollten wir uns nicht darüber täuschen: Wir sind in Deutschland nur ein

Jetzt erhältlich:

**Helga Zepp-LaRouches  
Internetforum vom 21. Juli  
auf DVD!**

Zu bestellen über:

**[www.bueso.de](http://www.bueso.de)**



Mit diesem Taschenbuch ging der von Helga Zepp-LaRouche gegründete Club of Life 1982 in die Offensive gegen die Lügenpropaganda des Club of Rome.

paar kleine Schritte hinterher!  
Das Argument, daß in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Staatsausgaben eben nur bestimmte Finanzmittel vorhanden seien und deshalb Kürzungen in Kauf genommen werden müßten, darf auf keinen Fall hingenommen werden. Denn die Hunderte von Milliarden, die für marode Banken ausgegeben wurden, dürfen auf keinen Fall zu Lasten der Patienten beim Gesundheitssystem gekürzt werden, wie das OMB-Chef Peter Orszag in den USA ganz unverhohlen fordert. In Deutschland sollten wir ganz besonders sensitiv sein, wenn es um das Kosten-Nutzen-Denken geht, was die medizinische Versorgung angeht.

Der medizinische Berater bei den Nürnberger Ärzte-Prozessen, Dr. Leo Alexander, schrieb in seinen Aufzeichnungen, daß es letztlich ein Hegelianisch-utilitaristisches Denken gewesen sei, was in Deutschland während des Nationalsozialismus zur Euthanasie geführt habe. Er schrieb: „Welche Ausmaße die Verbrechen schließlich auch immer angenommen haben, es wurde allen, die sie untersucht haben, deutlich, daß sie aus kleinen Anfängen erwachsen. Am Anfang standen nur kleine Akzentverschiebungen in der Grundhaltung der Ärzte. Es begann mit der Grundhaltung - die in der Euthanasiebewegung grundlegend ist -, daß es so etwas wie Leben gebe, das nicht lebenswert sei. Im Frühstadium traf es nur die schwer und chronisch Kranken. Nach und nach wurden zu dieser Kategorie auch die sozial unproduktiven, die ideologisch

auf der es vor allem in Zeiten eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs kein Halten mehr gibt.

Eine Kostprobe für diese Gefahr geben die Entwicklungen in Kalifornien. Nachdem „Terminator“ Schwarzenegger die diversen Sozialprogramme brutal zusammengestrichen hat, wandten sich einige chronisch Kranke vor laufenden Kameras verzweifelt an die Bevölkerung und warnten, daß sie ohne ihre dringend benötigte Medizin in wenigen Tagen sterben würden. In Frankreich hat soeben die Vereinigung der Notärzte unter Berufung auf die Widerstandsbewegung gegen die Nazis, die CNR, eine Unterschriftenmobilisierung und Widerstandaktion gegen das jüngste Gesundheitsgesetz von Präsident Sarkozy begonnen. Im Namen des Nationalen Rates der Resistance verpflichteten sich die Ärzte, alle in die öffentlichen Krankenhäusern aufzunehmen, die medizinische Versorgung brauchen. „Kein Patient ist ein Stück Handelsware, unsere Krankenhäuser sind keine Geschäftsunternehmen, in denen ein angeblicher Vorstandsvorsitzender ab morgen entscheiden kann, welche Behandlung gut und welche schlecht ist, oder welches medizinische Projekt die Ärzte ‚unter seiner Fuchtel‘ ausführen müssen“, heißt es in ihrem Aufruf.

Das soeben vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Gesetz zur Patientenverfügung ist ebenfalls Ausdruck der allerdings gar nicht mehr so „kleinen Akzentverschiebung“. Das angeblich so liberale Gesetz, das die Ärzte anweist, den Willen der Personen auszuführen, wie sie in einer Situation behandelt werden wollen, in der sie nicht mehr einwilligungsfähig sind, ist in Wirklichkeit Ausdruck der verschobenen Werteskala innerhalb des Paradigmawandels (wie in der analysis situs). In einer gesellschaftlichen Situation, in denen älteren Menschen das Gefühl vermittelt wird, sie seien der demographische Ballast, der den jüngeren Zukunft und Lebensstandard vermiese, wächst natürlich der Druck auf die ältere Generation, den nachfolgenden nicht zur Last zu fallen.

Natürlich ist die Selbstbestimmung ein kostbares Gut, und die Möglichkeit, im Alter die Autonomie verlieren zu können, ist etwas, mit dem man sich auseinandersetzen muß. Aber die Krankheit ist nun einmal der Feind der Selbstbestimmung. Es gibt Studien, die belegen, daß lebensbedrohlich erkrankte Menschen ihre Einstellung völlig ändern können und sich in ihrer Not der medizinischen Autorität anvertrauen. Es ist auch belegt, daß ein Großteil der Personen, die eine Patientenverfügung unterschreiben, dies tun, weil sie kein soziales Netz haben. Wäre es nicht der Menschenwürde angemessener, die Gesellschaft so umzubauen, daß in einem vom Geist des Gemeinwohls geprägten Umfeld ein soziales Netz für alle entstehen kann?

In einer seiner ersten Predigten äußerte sich Papst Benedikt

XVI besorgt über die „Kultur des Todes“ und eine wachsende Akzeptanz der Euthanasie. Auch wenn die Patientenverfügung nicht so weit geht wie die legalisierte aktive Sterbehilfe gegen den Willen des Patienten in Holland oder der „Sterbetourismus“ in der Schweiz, es bleibt doch die Frage, warum Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat nun angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Wirtschaftskrise plötzlich eine solche Eile hatten, einem Gesetz zuzustimmen, bei dem es neben anderen Faktoren eben auch einen Kostenfaktor gibt. Die schiefe Ebene ist betreten.

Mit der BüSo im Bundestag gibt es eine Chance, die Privatisierung des Gesundheitssektors rückgängig zu machen und ihn unter den Schutz des Gemeinwohls zu stellen, zu dem der Staat verpflichtet ist. Wenn wir wieder produktive Vollbeschäftigung haben, können wir uns auch wieder das Gesundheitssystem leisten, so wie es bis

in der von Karlsruhe formulierten Auslegung verfassungsmäßig. Danach ist die EU kein Bundesstaat, wie ihn der uneingeschränkte Lissaboner Vertrag ansonsten konstituiert hätte, sondern sie bleibt ein Staatenverbund souveräner

zeichnet, weil es die von der Verfassung vorgeschriebene Ausgestaltung der parlamentarischen Beteiligungsrechte nicht enthält. Mit anderen Worten: Anstatt die Rechte von Bundestag und Bundesrat gegenüber Brüssel zu stärken und

**Fragen an die Kanzlerkandidatin?  
Senden Sie Ihre Fragen an  
kanzlerkandidatin@bueso.de**

Staaten. Ferner bezeichnete das Urteil eine Änderung des Grundgesetzes, sofern es die Artikel 1 (Unantastbarkeit der Menschenwürde) und Artikel 20 (Identität Deutschlands als demokratischer und sozialer Staat, Bundesstaatlichkeit und republikanisches Prinzip, Volk als Souverän und Rechtsstaatsprinzip) betrifft oder abschwächt, als unzulässig.

Außerdem betonte das Ge-

auszuweiten, hatten beide Gremien 2008 diese Rechte weggegeben - und verstießen damit gegen Artikel 38 des Grundgesetzes, der die Rolle der Abgeordneten als Volksvertreter definiert. Anstatt die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um notfalls die deutsche Bevölkerung gegen Übergriffe einer supranationalen Bürokratie zu verteidigen, übertrugen sie alle Rechte an eben diese Bürokratie! Bis auf eine Handvoll Ausnahmen hatten die Abgeordneten diesen 250 Seiten plus Erläuterungen umfassenden Vertrag, der wohl absichtlich in unverständlichstem Juristen-Deutsch verfaßt ist, gar nicht gelesen.

Offensichtlich ist das die Praxis auch bei anderen Gesetzen, die der Bundestag verabschiedet. So beschreibt ausgerechnet der neoliberale Friedrich Merz in einem Kommentar, warum er nicht wieder für den Bundestag kandidiert, daß es bei der Abstimmung über die Gesundheitsreform nicht ein Jota besser war. Das mehr als 500 Seiten umfassende „Konvolut“, das weder lesbar noch verständlich gewesen sei, zu welchem am Tag vor der Abstimmung noch weit über 100 Seiten Änderungsanträge dazugekommen seien, habe den Bundestag zur Abstimmung im Blindflug gezwungen. Außer ein paar Fachpolitikern hätten die meisten Abgeordneten gar nicht gewußt, worüber sie abstimmten, noch hätten sie es jemals in Erfahrung gebracht(!). Das Zustandekommen der Gesundheitsreform reflektiere eine Machtverschiebung vom Parlament hin zur Bundesregierung, die kaum noch mit den Regeln der parlamentarischen Demokratie in Übereinstimmung zu bringen sei.

Selten sei eine solche Vielzahl von insbesondere jüngeren Kolleginnen und Kollegen von der Regierung und ihren Fraktionsführungen so massiv unter Druck gesetzt worden, einzelnen Abgeordneten sei massiv mit dem Ende ihrer Karriere gedroht worden. Für viele Abgeordnete, die auf Dauer wirtschaftlich von der Politik abhängig sind, sei Anpassung zur Existenzfrage geworden. Ein Drittel der Abgeordneten seien Mitglieder der Regierung oder in regierungsnahen Parlamentsfunktionen, ein weiteres Drittel wolle so schnell wie möglich dorthin. Man müsse sich nicht wundern, wenn viele das notwendige Selbstbewußtsein gegenüber der Regierung nicht aufbringen könnten. „Bei uns hat die ‚Gewaltenschränkung‘, wie das Verfassungsgericht sie nennt, dagegen ein Ausmaß angenommen, das dem



Mitglieder der BüSo mobilisieren gegen den Lissaboner Vertrag, der von den Abgeordneten des Bundestages einfach durchgewunken wurde.

1992 war.

### 8. Der Zustand der Demokratie in Deutschland

Der Satz, den BüSo-Mitglieder in Gesprächen mit Bürgern an Infoständen mit Abstand am häufigsten zu hören bekommen, lautet: „Man kann ja doch nichts machen.“ Bei der überwältigenden Mehrheit der unteren 70% der Einkommenschichten hat sich seit langem ein Gefühl der Unfähigkeit eingestellt, auf die politischen Ereignisse in diesem Land auch nur den geringsten Einfluß nehmen zu können. Für die Demokratie genauso schlecht ist das ebenfalls weitverbreitete Gefühl, daß nur die oberen Einkommenschichten ihr Recht durchsetzen können, während der einfache Bürger niemanden hat, an den er sich wenden kann, wenn ihn die Richtung der politischen Entwicklung bedrückt.

Warum dies so ist, wurde soeben noch einmal dramatisch beleuchtet, als das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 30. Juni ein historisch bedeutsames Urteil über das Zustimmungsgesetz zum Lissabon-Vertrag und das Begleitgesetz zur Stärkung und Ausweitung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union fällte. Damit erklärte das Gericht den Lissaboner Vertrag als ausschließlich

richt, daß die europäische Integration nicht zur Aushöhlung des demokratischen Herrschaftsprinzips in Deutschland führen darf. Diese ausdrückliche Betonung ist deshalb wichtig, weil der Absatz 4 des Artikel 20, der das Widerstandsrecht gegen jeden etabliert, der diese Identität Deutschlands ändern will, erst mit den Notstandsgesetzen von 1968 hinzugefügt wurde und nach allgemein gültiger Staatsrechtslehre nicht zu den von der sogenannten Ewigkeitsgarantie geschützten Prinzipien gehört. Da es unter Staatsrechtlern strittig ist, ob

**Als Bundeskanzlerin würde ich mich für ein starkes Europa der souveränen Republiken einsetzen, die gemeinsam für die gemeinsamen Ziele der Menschheit eintreten.**

das Widerstandsrecht greift, noch bevor die Staatsordnung gefährdet ist, oder erst nach Verstößen der Staatsorgane gegen die Verfassung, ist eine solche Bekräftigung sehr nützlich.

Der skandalöse Zustand, in dem sich die Demokratie in Deutschland befindet, wurde jedoch durch einen anderen Aspekt des Urteils beleuchtet, indem es das erwähnte Begleitgesetz als verfassungswidrig be-

**Mit der BüSo im Bundestag gibt es eine Chance, die Privatisierung des Gesundheitssektors rückgängig zu machen und ihn unter den Schutz des Gemeinwohls zu stellen, zu dem der Staat verpflichtet ist.**

unerwünschten, die rassistisch Unerwünschten und schließlich alle Nicht-Deutschen gerechnet. Entscheidend ist freilich, daß die Haltung gegenüber den unheilbar Kranken der unendlich kleine Auslöser für einen totalen Gesinnungswandel war. Diese subtile Änderung in der Haltung der Ärzte ist es also, die man am gründlichsten untersuchen muß.“

Dies „kleine Akzentverschiebung“ ist auch in Deutschland seit einiger Zeit bereits im Gang, nicht initiiert von den Ärzten, sondern von den „Gesundheitsökonomern“, die das Kosten-Nutzen-Denken in das Gesundheitswesen eingeführt haben, und von den skrupellosen Investoren, die im Gesundheitssektor das nächste profitable Spekulationsobjekt sehen. In dem Moment, in dem nicht mehr der Hippokratische Eid und das unveräußerliche Recht auf Leben das Verhältnis zwischen Arzt und Patienten bestimmen, ist die schiefe Ebene bereits betreten,

Parlament in seiner ureigenen Funktion, nämlich die Regierung zu kontrollieren und die Verantwortung vor den Wählern zu tragen, schweren Schaden zugefügt. Ein solches Parlament kann objektiv seine Kernaufgabe nicht mehr wahrnehmen“, so der aus dem Bundestag scheidende Merz! Weil die Bürger das irgendwie mitgekriegt haben, ist heute die stärkste Partei die der Nichtwähler. Noch besser für die Demokratie wäre es allerdings gewesen, wenn Merz diese Bemerkungen bei einer Rede im Bundestag gemacht hätte, anstatt das jetzt zu sagen, wo er in die Industrie überwechselt, und es ihn also nichts mehr kostet.

Das sich daraus ergebende Bild sieht folgendermaßen aus: Die Regierung gestaltet die politischen Vorgaben so, wie es die Finanzinteressen gerne hätten - siehe TSI, EU-Vertrag und Privatisierung des Gesundheitswesens. Der Bundestag winkt dann entsprechende Gesetze durch, ohne sie vorher zu lesen, und die Bürger sind die Dummen, denn die Abgeordneten sehen sich erwiesenermaßen *nicht* als Volksvertreter. Dann können die Steuerzahler für die verzockten Milliarden aufkommen und dürfen früher sterben, wenn sie dabei arm geworden sind.

Weil unser schönes Deutschland auf diese Weise zugrunde geht, und weil wir dies nicht zulassen dürfen, deshalb kandidiere ich als Kanzlerkandidat.

gut wie jeder zu -, liegt an der unglaublich banalisierenden und verblödenden Unterhaltungsindustrie für alle Altersstufen. Bei genauerer Untersuchung stellt man fest, daß hier wieder die gleichen Finanzinteressen die Strippen ziehen, gleich ob es sich um private Fernsehsender, Film- und Tonstudios, Verlage oder soziale Netzwerke im Internet han-



Mitglieder des Chores der LaRouche-Jugendbewegung.

delt. Sie funktionieren alle nach dem Prinzip „Brot und Spiele“. Durch seichte Unterhaltung werden die Konsumenten zu Massenwesen, fremdbestimmt und manipulierbar, ganz egal, ob es sich um Musikantenstadl oder Rammstein handelt.

Was also ist zu tun, wenn wir heute in einer ähnlichen Situation sind, wie sie Schiller in seinen Ästhetischen Briefen über die Lage nach der gescheiterten französischen Revolution beschreibt? Woher soll die Verän-

dernde Hand versuchen. Verjage die Willkür, die Frivolität, die Rohigkeit aus ihren Vergnügungen, so wirst du sie unvermerkt auch aus ihren Handlungen verbannen.“ Wir müssen also genau den umgekehrten Weg gehen, den die Finanzoligarchie im Bereich der Unterhaltung geht: Statt in der Freizeit zu verblöden und all den Dingen hinterherzujagen,

die uns in Massen untergehen lassen - von Massentourismus bis Massen-Popkonzerten - müssen wir Wege finden, unseren Geist und unsere Gefühle zu bilden. Zuvor hatte Schiller die Geisteshaltung definiert, von der aus dies geschehen muß: „Lebe mit deinem Jahrhundert, aber sei nicht sein Geschöpf. Leiste deinen Zeitgenossen, aber was sie bedürfen, nicht was sie loben... Denke sie dir, wie sie sein sollen, wenn du auf sie zu wirken hast, aber denke sie dir, wie sie sind, wenn du für sie zu handeln versucht wirst.“ Genau dieses Bild von den Deutschen, so wie sie sein sollen, nicht wie sie sind, müssen wir vor Augen haben, wenn wir einen Ausweg aus der Krise und eine Vision für die Zukunft entwerfen.

Wenn man in ferne Länder reist, so ist es oft eine überraschende Erfahrung, daß das Ansehen, das Deutschland vielerorts trotz seines jetzigen desolaten Zustandes hat, sehr stark der Erinnerung an deutsche Wissenschaft und Kultur zu verdanken ist. Im Deutschland der Gegenwart hingegen ist die kreative Denkmethode, die den großen klassischen Kompositionen in Musik und Dichtung zugrunde liegt, fast

die Absicht des Autors erkennen könne.

Wenn Deutschland sich aus seiner gegenwärtigen Krise erholen soll - und das muß es -, dann ist nichts wichtiger, als daß sich die Menschen, jung und alt und sogar die „Tweener“, mit dem Menschenbild auseinander setzen, das Schillers gesamtem Werk zugrunde lag. Dieser Dichter der Freiheit hat eine ganz besondere Bedeutung für unser Land. Denn die beste Kur gegen die Mittelmäßigkeit und Zwei-Dimensionalität der Gegenwart ist die Konfrontation mit den Ideen Schillers. Sein Ideal des Menschen war nichts weniger, als daß jeder Mensch eine schöne Seele werden soll, ein Mensch also, bei dem Leidenschaft und Pflicht, Freiheit und Notwendigkeit in eins fallen. Nur ein solcher Mensch ist innerlich frei, und der Einzige, der diese Bedingung erfüllt, ist das Genie, das auf gesetzmäßige Weise die Gesetzmäßigkeit erweitert und dadurch höhere Freiheitsgrade schafft.

Und warum sollen sich nicht, zu dem Grade, wie in der Entwicklung des Universums im Sinne des russischen Wissenschaftlers Wernadskij der Anteil der Noosphäre im Verhältnis zur Biosphäre wächst, immer mehr Menschen zu Genien entwickeln? Es ist nicht nur eine Voraussetzung dafür, sondern in der Schöpfungsordnung so begründet! Genien aber entstehen nicht beim Videospiele, im chat-room oder bei der Spekulation im futures market. Sie entwickeln sich, weil sie das Glück hatten, rechtzeitig einem Menschen zu begegnen, der in ihnen den göttlichen Funken geweckt hat, und dann von einer leidenschaftlichen Liebe zur Sache der Menschheit oder zu einer tieferen Erkenntnis der Gesetze des Universums oder der Entdeckung reicherer Möglichkeiten in den Gesetzen der klassischen Kunst erfüllt wurden.

Schiller hatte das große Glück, zumindest einen solchen Menschen rechtzeitig zu treffen, und das, obwohl er sehr unter der oligarchischen Umgebung und den Geflogenheiten der Militärakademie litt, in die ihn der

sten Schüler, der bei dieser Rede im Publikum saß, konfrontierte und anregte. Der Titel der Rede lautete: „Rede über das Genie, Werden große Geister geboren oder erzogen?“

Abel entwarf in seiner flammenden Rede, in der er sich immer wieder direkt an seine jungen Zuhörer wandte, das Thema, mit dem man junge Menschen am meisten begeistern kann, das Thema der menschlichen Größe und die Frage, was notwendig ist, um sich zu einem Genie zu entwickeln. Polemisch kontrastierte er wiederholt auf der einen Seite die schwachen Köpfe, die sich nie aus ihrem Gedanken- und Tatenschlummer erheben können: „Im Genielosen schleichen alle Gedanken nur matt, nur träg dahin... im öden Kopf sind nur wenige Begriffe auf einmal, und bei der größten Gelehrsamkeit verläßt ihn nie eine drückende Armut“, ihn kennzeichnet eine „Kälte der Seele“, die „still ihren Schneckenengang fortschleicht“.

Auf der anderen Seite das Genie: „Ungezählte Empfindungen wallen durch seine Seele, Gedanken strömen auf Gedanken, Wellen schlagen auf Wellen. Diese Fruchtbarkeit des

## Fragen an die Kanzlerkandidatin? Senden Sie Ihre Fragen an [kanzlerkandidatin@bueso.de](mailto:kanzlerkandidatin@bueso.de)

tin. Jetzt liegt es an Ihnen, den Wählern.

### 9. Deutschland, das Land der Dichter und Denker?

Wir befinden uns in einem systemischen Zusammenbruch, und dies betrifft nicht nur das Finanzsystem, die Realwirtschaft, die Politik, sondern eben auch die Kultur. Betrachtet man Deutschland von dem einzigen Standpunkt, von dem aus man es betrachten sollte, nämlich dem Standpunkt von Deutschen wie Nikolaus von Kues, Kepler, Leibniz, Bach, Mendelssohn, Lessing, Schiller, den von Humboldts, Gauß, Beethoven, Schubert, Schumann, Riemann und Einstein, dann befinden wir uns in einem finsternen Zeitalter. Unsere sogenannten Eliten sind dekadent, die Bevölkerung im allgemeinen bis auf kleine Kreise von ihren kulturellen Wurzeln weitgehend abgeschnitten, die dominierende Jugendkultur und die Realität im allgemeinen gibt den Jugendlichen unter den gegenwärtigen Bedingungen eigentlich überhaupt keine Zukunftsperspektive. Das Leben ist nicht gerade fair zu den Krisenkids; was wundert es da, wenn sie immer rüder werden.

Einer der wesentlichen Gründe, warum sich Deutschland heute weitgehend als kulturelles Brachland darstellt - und in diesem Punkt stimmt mir so

derung kommen, wenn die Politiker untertänig, die Manager korrupt, die „Künstler“ der Gegenwartskultur voller Drogen und die Massen verwildert sind?

Die Antwort ist die gleiche, die Schiller in diesen Briefen gibt: Jede Veränderung im Politischen ist nur durch die Veredlung des Einzelnen möglich, und eines der wichtigsten Medien dazu ist die klassische Kunst, und zwar die klassische Musik ebenso wie die klassische Dichtung, denn es geht darum, die Menschen wieder mit ihrem Inneren in Übereinstimmung zu bringen und sie so zu selbstbestimmten Individuen werden zu lassen. Denn für unsere Zeitgenossen ist um so wahrer, was Schiller zu allen sagte, die die Lehren aus der französischen Revolution ziehen wollten, damit ein „großer Augenblick“ nicht wieder ein „kleines Geschlecht“ finden möge: Wie kann man die Mitbürger darin bestärken, daß sie sich nicht vom Zeitgeist verschaukeln lassen?

Schiller sagt dazu im 7. Brief der Ästhetischen Briefe: „Der Ernst deiner Grundsätze wird sie von dir scheuchen, aber im Spiele ertragen sie dich noch; ihr Geschmack ist keuscher als ihr Herz, und hier mußst du den scheuen Flüchtling ergreifen. Ihre Maximen wirst du umsonst bestürmen, ihre Taten umsonst verdammen, aber an ihrem Müßiggange kannst du

vollkommen verloren gegangen. Was heute meist unter Kreativität verstanden wird, gleicht eher im besten Falle jenen zufällig vom Künstler an die Wand geworfenen Arabesken, von denen Kant irrlicherweise meinte, sie hätten einen höheren künstlerischen Wert als das Werk, in dem man



Mitglieder der LaRouche-Jugendbewegung studieren die Werke Friedrich Schillers

Herzog Karl Eugen von Württemberg eingezogen hatte. Dieser Mensch war sein Philosophieprofessor Jakob Friedrich Abel, dessen Rede vom 14. Dezember 1776 bei der Abschlußfeier der Herzoglichen Akademie zu Stuttgart einen Geschmack davon gibt, mit welchen Ideen er seinen berühmte-

sten Schüler, der bei dieser Rede im Publikum saß, konfrontierte und anregte. Der Titel der Rede lautete: „Rede über das Genie, Werden große Geister geboren oder erzogen?“

Genies ist von der größten Wichtigkeit. Eben weil die Begriffe so mannigfaltig sind, weil der Seele so viele Gegenstände der Vergleichung dastehen, ist sie zu den merkwürdigsten, sonderbarsten Verbindungen fähig. Fülle des Gefühls, Fülle und Stärke der Gedanken, Erfindung und Schöpfungsgeist, sonderbare Zusammensetzungen und Verhältnisse“ - in Abels Beschreibung des Genies ist nicht nur Schillers spätere Beschreibung des philosophischen Kopfes im Unterschied zum Brotgelehrten vorgezeichnet, sondern auch die Idee der Geistesmassen, wie sie später von Herbart und Riemann entwickelt wurde. Sich zum Genie zu entwickeln, bedeutet also das Gegenteil von „cool“ sein.

„Ohne Leidenschaft ist nie etwas Grosses, nie etwas Ruhmvolleres geschehen, nie ein großer Gedanke gedacht oder eine Handlung der Menschheit würdig vollbracht worden“, sagt Abel. „Es fällt sogleich in die Augen, daß keine großen Wirkungen geschehen, keine Iliade gedacht oder kein jüngstes Gericht geschaffen werden kann, wann nicht die wesentliche Kraft der Seele, das Denkkraft, und Empfindungsvermögen einen außerordentlich hohen Grad besitzt; denn wie kann ohne große Ursache große Wirkung entstehen?“

Leidenschaft unterscheidet auch die großen Lehrer von akademischen Erbsenzählern:

*Einer der wesentlichen Gründe, warum sich Deutschland heute weitgehend als kulturelles Brachland darstellt, liegt in der unglaublich banalisierenden und verblödenden Unterhaltungsindustrie für alle Altersstufen.*



Katarzyna Kruczkowski tritt in Essen nicht nur zur Bundestagswahl für die BüSo an, sondern auch zur Oberbürgermeisterwahl am 30. August 2009.

„Welcher Unterschied zwischen dem feurigen, geistvollen Leibniz, der selbst in ödesten Gegenden der Metaphysik Anmut und Leben bringt, und dem kalten, trockenen, gedankenarmen Schüler desselben, zwischen einem Plato, der in den tiefsten Abgründen der Abstraktion noch glüht und Wollust atmet, und dem kalten armseligen Kritiker, der bei den Reizungen der himmlischen Schönheit, beim Anblick der Grazien und der Musen nichts als distinguieren und gähnen kann.“

Ebenso verhält es sich mit der Helle der Begriffe. Ein Plato oder ein Leibniz, der in den tiefsten finstersten Abgründen der Metaphysik, im öden unfruchtbaren Land der Schatten, das nie ein milder Strahl besucht, nie der fernste Schimmer durchdrungen, noch sonnenglänzend steht und alles umher durch seinen Glanz erleuchtet; und ein finsterer, dumpfer Systematiker, der im Antlitz der Morgensonne nicht sieht und in trüben, dumpfen Finsternissen gleich der lichtscheuen Nachtule am liebsten wandelt - welch ein Unterschied!“

Aber auch Fleiß ist notwendig, aber nicht der Fleiß der „kalten Seele“ sondern der Fleiß, der leidenschaftlich auf das große Ziel gerichtet ist: „Das Gehirn Leibnizens ohne Übung wäre das Gehirn einer mittelmäßigen Seele geworden“, Leibniz, der nächtelang über metaphysische Begriffe sinnt, Shakespeare, der ohne Leidenschaft ein namenloser Wollhändler geblieben wäre - das sind die Beispiele von Genien, die Abel seinen Schülern vorhält, und er fragt sie: „Im Homer oder Dante, Sophokles oder Shakespeare, Homer, Euripides oder unseren neumodischen Dichtern - wo ist der göttliche Funke verborgen?“

Abel fokussierte also direkt auf die Kreativität, den göttlichen Funken bei den großen Denkern und Dichtern in der Tradition des platonischen Humanismus und der großen Tragödienschreiber. In den Zeugnissen von mehreren Mitschülern Schillers wird Schiller bis 1776 als von stillem Wesen beschrieben und ausgestattet mit einem „melancholischen Humor“. Die Konfrontation mit dem begeisternden Lehrer Abel, der ihn mit den bedeutendsten Genien der Vergangenheit vertraut machte, be-

deutete einen totalen Aufschwung für Schiller und setzte seinen eigenen Genius frei. Ohne Abel hätte es wahrscheinlich niemals den großen Schiller gegeben, der uns die größten historischen Dramen geschenkt hat, die jemals in deutscher Sprache geschrieben worden sind, oder nach dem Prinzip der Durchkomponie-

*In den kommenden Stürmen können Mehrheitsparteien über Nacht verschwinden, kleine Parteien können ebenso schnell an Einfluß gewinnen, wenn sie eine Antwort für die existentiellen Fragen der Bürger haben.*

rung so vollendete philosophische Gedichte und Balladen wie „Die Künstler“, „Das Lied von der Glocke“, „Das Ideal und das Leben“ oder „Die Bürgerschaft“, um nur einige zu nennen. Nie wären die Begriffe des Erhabenen und der schönen Seele auf einer so hohen Ebene formuliert worden.

Warum ich all das in einem Aufsatz über die Systemkrise in Deutschland und ihre Überwindung erwähne? Weil hier der Schlüssel dazu liegt. Die sogenannte Brandtsche Bildungsre-

form von 1970, die im übrigen von Dr. Alexander King, dem späteren Mitbegründer und Präsidenten des Club of Rome, 1963 in seiner Eigenschaft als OECD-Vertreter in Paris ausgearbeitet wurde, hatte es sich zum Ziel gesetzt, das Erziehungssystem, das vor allem in Deutschland in der Nachkriegszeit noch wichtige Elemente des Humboldtschen Bildungssystems beinhaltete, vom „Bildungsballast“ der letzten 2500 Jahre abendländischer Geschichte zu befreien. Das ist offensichtlich weitgehend gelungen. Und genau deshalb ist es Zeit, das ganze Paradigma der letzten 40 Jahre, für das solche oligarchischen Figuren wie Alexander King, ein Mitbegründer der Ökologiebewegung und der Bildungsmisere, exemplarisch sind, aus dem Fenster zu werfen. Die Bertelsmann-Stiftung mit ihren diversen Projekten von Bildungsreform NRW II und EU-Vertrag, um nur zwei zu erwähnen, verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung.

Als Bundeskanzlerin wäre die klassische Kultur nicht der reichen Oberschicht vorbehalten, die sich die Eintrittskarten bei den Festivals leisten kann, sie würde allen Bürgern zugänglich gemacht. Alle Kinder und Jugendliche könnten als Teil der Schule Instrumente und die Belcanto-Methode des Singens lernen. Die öffentlichen Medien würden beauftragt, der Bevölkerung klassische Kunst zu präsentieren, die nicht vom Regie-Theater und ähnlichen Bearbeitungen ruiniert wäre, selbst wenn man dafür zwischenzeitlich auf historische Aufführungen zurückgreifen müßte.

### 10. Meine Motivation

Des öfteren werde ich gefragt, wieso es kommt, daß ich mich seit nunmehr 37 Jahren für eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung und ein neues Bretton-Woods-System einsetze, obwohl Wahlerfolge in der Vergangenheit ausgeblieben seien. Dazu könnte ich eine ganze Menge sagen, möchte aber für den Augenblick nur zwei Momente herausgreifen. Nach dem Abitur entschloß ich mich, Journalistin zu werden. Mir hatte die Arbeit bei unserer Schüler-Zeitung Spaß gemacht, und ich

war bei meinem Berufswunsch von einer, zugegeben naiven Vorstellung geleitet, daß die Bevölkerung ein Recht auf Information hätte. Während eines Volontariats bei einer Tageszeitung und einer anschließenden weiteren journalistischen Ausbildung merkte ich jedoch schnell, daß dieser Beruf so gut wie nichts mit diesem Recht zu tun hatte. Ich erhielt statt dessen einen Einblick in die Informationsselektion und den vorselektierten Gehorsam der Kollegen, die mich gewissermaßen von der Pike auf gelehrt haben, Medienberichte nicht für bare Münze zu nehmen, sondern von ihrer Absicht her zu betrachten.

Das zweite, entscheidendere Moment lag in der Erfahrung, die ich auf einer Reise mit ei-

daß sie nicht mit den Gesetzen des Universums und der Schöpfungsordnung übereinstimmt.

Gerade wenn man sich angewöhnt hat, die Sichtweise von Denkern und Dichtern wie Nikolaus von Kues, Kepler, Leibniz und Schiller mit zu berücksichtigen, dann wird man kritisch gegenüber Trends sein, die die Gesellschaft zerstören, auch wenn sie noch so populär sind. Unglücklicherweise gibt es einige Beispiele von Zeiten in Deutschland, in denen sich die Mehrheit geirrt hat. In der großen Depression der dreißiger Jahre hat es an einer gesellschaftlichen Kraft gefehlt, die es fertig gebracht hätte, sich dem Bösen zu widersetzen und die programmatischen Lösungen für die Überwindung der Krise, die durchaus vorhanden



Helga Zepp-LaRouche warnte schon im Wahlkampf 2001 vor dem Finanzkrach.

nem Frachter nach China im Jahre 1971 machen konnte, also mitten in der Kulturrevolution, und auf der ich auch Eindrücke von einigen Ländern in Afrika und Asien gewinnen konnte. Vor allem der Anblick der Armut, die man wohl nur voll erkennen kann, wenn man nicht in Kreuzfahrtschiffen und Fünf-Sterne-Hotels unterwegs ist, sondern sieht, wie sich der Alltag für die meisten Menschen in diesen Ländern darstellt, ließ mich mit der Einsicht von dieser Reise zurückkommen, daß die Weltordnung definitiv in Ordnung gebracht werden mußte.

Als ich dann in Berlin während meines Studiums auf die Ideen und Programme von Lyndon LaRouche stieß, in denen er u. a. über die dringende Notwendigkeit sprach, die Unterentwicklung der sogenannten Dritten Welt durch Entwicklung von Infrastruktur, Industrie und Landwirtschaft zu entwickeln, beschloß ich, seine Bewegung mit aufbauen zu helfen, und habe seitdem an vielen Entwicklungsprogrammen für Afrika, Asien und Lateinamerika mitgearbeitet. Um den Wählern in Deutschland die Perspektive einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung zu ermöglichen, habe ich mich 1976 als Kanzlerkandidatin mit diesem Programm beworben. Wäre ich damals gewählt worden, wäre die Welt heute in einem besseren Zustand.

Und da die Kluft zwischen Reich und Arm seitdem nicht kleiner, sondern gewaltig viel größer geworden ist, hat sich mein Engagement eher verstärkt, als daß ich mich einer Ordnung angepaßt hätte, von der ich zutiefst überzeugt bin,

waren - wie den Lautenbach-Plan und den WTB-Plan des ADGB - in gleicher Weise umzusetzen, wie Roosevelt es für die USA mit dem New Deal getan hat. Diese Kraft müssen wir heute werden.

In den kommenden Stürmen können Mehrheitsparteien über Nacht verschwinden, kleine Parteien können ebenso schnell an Einfluß gewinnen, wenn sie eine Antwort für die existentiellen Fragen der Bürger haben. Aus dem zuvor gesagten geht klar hervor, daß es dieses Mal kein kleineres Übel gibt, sondern nur ein Großes. Aber mit dem System der Globalisierung gehen auch die Annahmen den Bach hinunter, die bisher den Mehrheitstrend ausgemacht haben. Es gibt also Raum, damit Deutschland wieder das Volk der Dichter und Denker werden kann.

Dazu brauchen wir die Leidenschaft, es retten zu wollen. Wenn Sie diese Leidenschaft aufbringen können, wenn Sie nicht wollen, daß unser schönes Land in Armut und Chaos versinkt, dann helfen Sie aktiv bei meiner Kampagne mit. Unser Land braucht jetzt mehr denn je Staatsbürger, die mit mir die Verantwortung für die Politik übernehmen, damit die Demokratie in Deutschland verteidigt wird. Sie, Sie alle, werden gebraucht!

### Nachwort

„Die Welt, in der wir leben, ist gefährlich, nicht durch jene, die Böses tun, sondern durch jene, die es beobachten und zuschauen.“

Albert Einstein

## BüSo Sachsen tritt an zur Landtagswahl am 30. 8. 2009

Auch zur Landtagswahl in Sachsen am 30. August tritt die BüSo mit einer Landesliste an, die von Karsten Werner (Bild) angeführt wird. In den folgenden Wahlkreisen ist die BüSo mit Direktkandidaten vertreten:

- 25 - Leipzig 1  
Karsten Werner
- 26 - Leipzig 2  
Andreas Trost
- 28 - Leipzig 4  
Xenia Biereichelt
- 41 - Weißeritzkreis 1  
Rocco Sieratzki
- 43 - Dresden 1  
Thomas Born
- 44 - Dresden 2  
Ricky Morchner
- 45 - Dresden 3  
Bernd Brodtrück
- 46 - Dresden 4  
Alexander Marhoffer
- 47 - Dresden 5  
Michael Gründler
- 48 - Dresden 6  
Birgitta Gründler



# Erst kommen die Menschen!

## Das Kurzprogramm der BüSo

### **Ordentliches Insolvenzverfahren der Banken auf nationaler Ebene**

Keine weiteren Milliarden an Steuergeldern oder aus den Druckerpressen der Notenbanken für den Giftmüll bankrotter Banken oder Spekulanten, sondern ein ordentliches Insolvenzverfahren der betroffenen Banken.

Zeitweise Nationalisierung der Banken, um die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, den Giftmüll abzuschreiben, die Bilanzen in Ordnung zu bringen bzw. nicht überlebensfähige Banken zu schließen. Zu diesem Zweck Einsetzung kompetenter Industriebanker statt Manager, die versagt haben.

Der Schutz der Einlagen und die Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlich wesentlichen Funktionen staatlich regulierter Banken muß gesichert werden.

Ersatz des monetären Systems durch ein Kreditsystem, in dem staatliche Kredite für Infrastruktur und andere die Produktivität der Wirtschaft steigernde Bereiche ausgegeben werden, die dann über die öffentlichen Banken an die Firmen weitergereicht werden, die an diesen Investitionen beteiligt sind.

### **Für eine „Pecora“-Untersuchungskommission**

Wir brauchen eine schonungslose Untersuchung der Ursachen der Krise, um durch entsprechende Gesetze eine Wiederholung zu verhindern. Die verantwortlichen Personen müssen identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden.

### **Sofortige Notkonferenz souveräner Staaten für ein neues Bretton-Woods-System**

Wir befinden uns mitten im Systemkollaps der globalisierten Finanzmärkte. Gegen einen chaotischen Zusammenbruch hilft nur eine Reorganisation des Weltfinanzsystems auf Veranlassung maßgeblicher Regierungen. Eine Gipfelkonferenz ähnlich wie 1944 in Bretton Woods muß ein neues Kreditsystem schaffen, das sich auf den Wiederaufbau der Realwirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene konzentriert, die Sozialsysteme erhält, den Kapitalverkehr regelt, die Spekulation unterbindet und einen Großteil der Schulden abschreibt.

Zu den nötigen Maßnahmen gehören: feste Wechselkurse, die Schaffung einer Nationalbank und souveräne Kontrolle über die eigene Währung nach den Prinzipien der Physischen Ökonomie, wie sie Lyndon LaRouche vertritt.

### **Neue Weltwirtschaftsordnung statt „Globalisierung“**

Globalisierung ist ein brutaler Mechanismus zur Senkung des Lebensstandards und Zerstörung der Sozialsysteme in den alten Industriestaaten, ohne daß dieses Produktivpotential in den Billiglohnländern entsprechend aufgebaut würde. Die Alternative zu diesem neuen Feudalismus ist die Zusammen-

arbeit der Nationalstaaten in einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Die jetzt tonangebenden Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank müssen durch ein System von Nationalbanken unter der Kontrolle souveräner nationaler Regierungen ersetzt werden. Nein zu einer neuen imperialen „Weltwährung“ wie den Sonderziehungsrechten.

### **Währungshoheit wiederherstellen**

Da mit dem Scheitern der EU-Verfassung die EU keine Geschäftsgrundlage mehr hat und die EZB als Notenbank privater Finanzinteressen die notwendige Investitionspolitik in den einzelnen Ländern blockiert, kündigen wir den Maastrichter Vertrag, führen die D-Mark wieder ein und behalten den Euro nur als Verrechnungseinheit.

### **Produktive Kreditschöpfung für 10 Millionen Arbeitsplätze**

Oberster Kreditgeber in einem souveränen Deutschland ist eine dem Gemeinwohl verpflichtete Bundesbank, die in eine Nationalbank umgewandelt werden muß. Die Landesbanken müssen ihrer ursprünglichen Aufgabe gemäß öffentliche Projekte finanzieren. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll über langfristige, niedrigverzinsten Infrastrukturanleihen privates Kapital mobilisieren und so, wie nach dem Krieg, Kredite an mittel-ständische Unternehmen finanzieren

### **Stabilitätsgesetz von 1967 anwenden**

Vollbeschäftigung ist machbar, wenn wir das Stabilitätsgesetz von 1967 konsequent anwenden. Mit jährlich 200 Mrd. Euro (400 Mrd. DM) öffentlicher Infrastrukturinvestitionen werden private Investitionen in vergleichbarer Höhe angeschoben und in wenigen Jahren 10 Mio. produktive, gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Vorbild ist der Wiederaufbau in den 50er Jahren oder F.D. Roosevelts „New Deal“.

### **Infrastruktur erhalten und ausbauen**

Unterlassene Investitionen in die Infrastruktur von Kommunen und Bund haben zu einem „Investitionsstau“ von mittlerweile mindestens 1000 Mrd. Euro geführt. Jetzt muß nicht nur dieser Rückstand beseitigt, sondern außerdem in neue Projekte wie CargoCap, RailCab und grenzübergreifende Transrapidstrecken investiert werden.

Neue Märkte sind zu erschließen durch ein System produktiver, zwischenstaatlicher Kredite für große, länderübergreifende Infrastrukturprojekte mit staatlichen (Hermes-)Bürgschaften. Im Rahmen solcher Projekte kann auch ein großer Teil des Autosektors zur Produktion nützlicher Güter wie Transrapid, CargoCap, Kernkraftwerken, Traktoren, Erntemaschinen etc. umgerüstet und so wertvoll-

le Arbeitsplätze und Kapazitäten erhalten werden

### **Eurasische Landbrücke als Friedensordnung**

Die Zukunft Europas liegt in der Zusammenarbeit souveräner Nationen für eine gemeinsame Mission des Gemeinwohls und nicht in einem militarisierten, neuen EU-Empire.

Die Eurasische Landbrücke, die nicht nur aus einem Netz von Transrapidstrecken, Pipelines, Kernkraftwerken und Entwicklungskorridoren über den ganzen Doppelkontinent besteht, schafft auch die Grundlage für eine Friedensordnung im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648, in der die Nationen jeweils auch den „Vorteil des anderen“ fördern.

Die Entwicklung Afrikas ist eine dringliche, gemeinsame Mission Europas.

### **Kernkraft statt Windräder**

Ausstieg aus der Subventionierung der unrentablen Wind- und Solarenergie, Aufhebung des energieverteuernden Energieeinspeisungsgesetzes. Wiedereinstieg im großen Stil in die Kernenergie, Bau des inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors. Mehr Mittel für die Kernfusion und den ITER-Forschungsreaktor.

Nein zum Schwindel der „menschengemachten Klimaerwärmung“; kein CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel!

### **Paritätspreise für die Landwirtschaft**

Kostendeckende Erzeugerpreise sind Grundvoraussetzung für Nahrungsmittelsicherheit. Die Nahrungsmittelproduktion muß weltweit verdoppelt werden, damit eine wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann. Abschaffung der WTO! Keine Produktion von Nahrungsmitteln für Biosprit und keine Patentierung von Saatgut oder Nutztieren durch Agrarkartelle.

### **Forschen für die Welt von morgen**

Damit die besten Köpfe im Lande bleiben, müssen sie auch etwas zu tun bekommen: Wichtige Zukunftsbereiche: Weltraumforschung, Terraforming, Kernfusion, Nanotechnik, eine „Biologische Verteidigungsinitiative“ zur Erforschung von AIDS u.a. Krankheiten. Die Gefahr neuer bedrohlicher Pandemien wie der Schweine- und Vogelgrippe zeigt, daß diese medizinischen Forschungsprojekte eine Überlebensfrage für die Menschheit sind.

### **Humboldts Bildungswesen zum Vorbild nehmen**

Mehr denken, lernen, forschen und erfinden! Schüler sollen in der Schule nicht nur dies und das auswendig lernen, sondern schöpferisches Denken üben, ihre Talente entdecken und eine Idee davon bekommen, was wirkliches Wissen und ein „schöner Charakter“ ist.

Verbot von Killerspielen!

### **Renaissance der klassischen Kultur**

Wenn wir die Ideen von großen Menschen wie Platon, Nikolaus von Kues, Leibniz, Mendelssohn, Schiller, Humboldt, Bach, Mozart, Beethoven, Gauß, Riemann und Cantor wieder lebendig werden lassen, können wir wieder zum Volk der Dichter und Denker werden.

### **Gesundheitswesen retten: Keine Nazipolitik durch Leistungskürzungen!**

Das einst vorbildliche deutsche Gesundheitswesen muß wiederhergestellt werden!

Weg mit dem Gesundheitsfonds! Nein zu Deckelung, Kürzung von Leistungen oder Prioritätenlisten für Behandlungen. Eine Zweiklassenmedizin, bei der das Einkommen die Lebenserwartung bestimmt und mit der politisch mörderische Sparprogramme zugunsten der Rettung von Finanzspekulanten durchgedrückt werden, ist mit dem Grundgesetz unvereinbar. Gerade in Deutschland darf die Idee, es könnte „zu teure, zu alte, zu kranke“ Patienten geben, nicht noch einmal toleriert werden!

Abschaffung der unnötigen kostspieligen Bürokratie, die durch die diversen „Gesundheitsreformen“ geschaffen wurde; statt dessen ordentliche Bezahlung für Ärzte, Krankenschwestern und andere im medizinischen Bereich tätigen Personen.

Die Solidargemeinschaft der Versicherten und das Gemeinwohl muß wieder Richtschnur im Gesundheitswesen werden. Nein zu Triage und Euthanasie!

### **Renten sichern durch Wirtschaftswachstum**

Keine Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Das akute Defizit in der Rentenkasse wird sofort verschwinden, wenn die Investitions-offensive Millionen Menschen wieder in Arbeit bringt. Auch das demographische Problem ist lösbar durch eine wachsende Produktivität der Gesamtwirtschaft, die u.a. in höheren Realeinkommen zum Ausdruck kommt.

### **Nein zum Lissabon-Vertrag - Hände weg vom Grundgesetz!**

Eine Verfassung ist dazu da, gerade in Krisenzeiten Richtschnur und Maßstab der Politik zu sein. Deshalb Nein zum grundgesetzwidrigen und diktatorischen Lissabon-Vertrag!

Auch Gesetze wie Hartz IV, die das Wesen der Bundesrepublik als sozialer und auf dem Gemeinwohl basierenden Republik zerstören, sind abzulehnen.

Dasselbe gilt für neue Gesetze, die angeblich der Abwehr des Terrorismus dienen. Keine Beteiligung an Angriffskriegen, kein Einsatz der Bundeswehr im Innern als Polizeiersatz.

Nein zum Kampfeinsatz in Afghanistan! Statt dessen Beteiligung an einer effektiven Bekämpfung von internationalem Drogenhandel und Geldwäsche.

## **Die BüSo tritt an zur Bundestagswahl 2009!**

In den folgenden Bundesländern tritt die BüSo mit Landeslisten an:

**Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen**

Direktkandidaten der BüSo treten in den folgenden Wahlkreisen an:

- 20 Hamburg-Altona: Armin Azima
- 24 HH-Bergedorf-Harburg: Joachim Huth
- 31 Stade I – Rotenburg II: Maria Räuschel  
76 Berlin-Mitte: Helga Zepp-LaRouche
- 77 Berlin-Pankow: Daniel Köppen
- 78 Berlin-Reinickendorf: Frank Scholz
- 79 Berlin-Spandau-Charl.-Nord: Horst Kreil
- 80 Berlin-Steglitz-Zehlendorf: Silvia Heinel
- 81 Berlin-Charl.-Wilmersdorf: Anna Hildebrand
- 82 Berlin-Tempelh.-Schöneberg: Uwe Raake
- 85 Berlin-Treptow-Köpenick: Daniel Buchmann
- 86 Berlin-Marzahn-Hellersdorf: Stefan Tolksdorf
- 87 Berlin-Lichtenberg: Wolfgang Lillge  
97 Bonn: Ilja Karpowski  
120 Essen II: Matthias Kraume  
121 Essen III: Katarzyna Kruczkowski  
133 Bielefeld: Paul Felix Giebeler
- 141 Bochum I: Stephan Hochstein
- 143 Dortmund I: Tobias Faku  
153 Leipzig I: Karsten Werner  
154 Leipzig II: Xenia Biereichelt  
158 Görlitz: Siegmund John
- 159 Sächs. Schweiz-Osterzgeb.: Rico Schulz  
160 Dresden I: Marcus Kürt  
161 Dresden II – Bautzen II: Toni Kästner  
166 Zwickau: Kai-Uwe Dücke  
179 Wiesbaden: Alexander Hartmann
- 182 Frankfurt/Main I: Rainer Apel
- 183 Frankfurt/Main II: Klaus Fimmen  
206 Mainz: Christian Huth  
213 Altötting: Franz Maier  
217 Ingolstadt: Alois Schieber
- 218 München-Nord: David Faku
- 219 München-Ost: Martin Hennig
- 220 München-Süd: Christa Kaiser
- 221 München-West/Mitte: Werner Zuse  
223 Rosenheim: Gerald Strickner  
225 Traunstein: Alois Krumbachner  
230 Rottal-Inn: Reinhard Maßberg
- 252 Augsburg-Stadt: Hannelore Fackler-Plump
- 253 Augsburg-Land: Ralf Heinrich  
258 Stuttgart I: Hubert Mohs  
259 Stuttgart II: Lüder Grosser